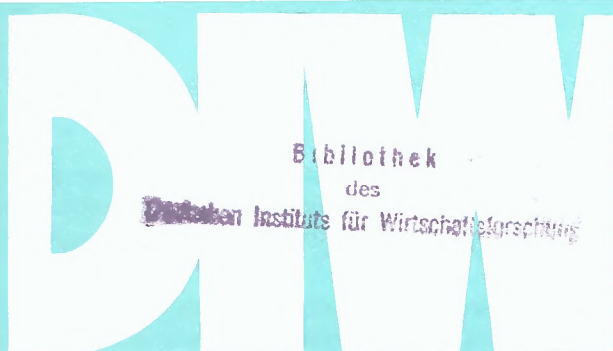




Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR	315
Anhaltend rege Verbrauchskonjunktur	322
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 23-24/90

Berlin

14. Juni 1990

57. Jahrgang

2. Ex.

Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR

In der Vergangenheit hat das DIW in unregelmäßigen Abständen Bevölkerungsprognosen für die DDR vorgelegt¹. Mit der Öffnung der Grenzen hat sich die Basis für Bevölkerungsprognosen in der DDR vollständig verändert. Eine neue Projektion ist erforderlich. Spielten Fortzüge aus der DDR bis zur Wende nur eine geringe Rolle, so ist der Umfang der Abwanderungen aus der DDR nun zur entscheidenden Determinante der Bevölkerungsentwicklung geworden, die allerdings nur schwer vorauszuschätzen ist. Um diesen Unwägbarkeiten und denen der zukünftigen Geburtenentwicklung Rechnung zu tragen, werden Szenarien der Bevölkerungsentwicklung für das Gebiet der DDR unter alternativen Annahmen präsentiert. Sie geben mögliche Pfade an, auf denen sich die Entwicklung der Einwohnerzahl aus heutiger Sicht vollziehen könnte.

In den hier vorgelegten Szenarien wird die Zahl der Einwohner auf dem Gebiet der DDR in den nächsten zehn Jahren von 16,4 Mill. (Anfang 1990) auf unter 15 Mill. Personen sinken. Dieser Rückgang ist fast ausschließlich wanderungsbedingt. Um den Vergleich mit entsprechenden Vorausberechnungen für das Bundesgebiet zu ermöglichen², sind die Szenarien auch für die Zeit danach bis zum Jahr 2040 fortgeschrieben worden. Die Ergebnisse zeigen, daß der Rückgang der Bevölkerungszahl sich auch nach der Jahrtausendwende fortsetzt. Für das Jahr 2040 ergeben sich Bevölkerungszahlen von 11 bis 12 Mill.

Das DIW-Bevölkerungsmodell ist ein nach Nationalität, Geschlecht und Altersjahren untergliedertes Fortschreibungsmodell mit den Komponenten Geburten, Sterbefälle und Wanderungen. Die künftige Entwicklung des Geburtenverhaltens und der Sterblichkeit wird dabei nach Geburtsjahrgangskohorten differenziert vorausgeschätzt.

Geburten

Die Geburtenziffern der Frauen in der DDR liegen mit 1 740 Kindern je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren (zusammengefaßte Geburtenziffern) höher als in der Bundesrepublik mit nur 1 327 (vgl. Tabelle 1). Die unterschiedliche Geburtenentwicklung in den beiden deutschen Staaten war teilweise auf familienpolitische Maßnahmen in der DDR zurückzuführen³. Hinzu kam, daß

eine adäquate Wohnung in der DDR oftmals nur durch die Geburt eines Kindes zu erlangen war.

Die künftige Entwicklung der Geburtenhäufigkeiten basiert auf folgenden Annahmen:

¹ Vgl. Voraussichtliche Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in der DDR bis 1990. Bearb.: Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/1976. — Derselbe. In: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.). Bonn 1987, S. 270 f. und S. 643.

² Vgl.: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/90.

³ Vgl. DDR: Stabilisierung der Geburtenrate durch Sozialpolitik. Bearb.: Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/89.

Tabelle 1

Zusammengefaßte Geburtenziffern¹⁾

Jahr	DDR	BRD
1972	1 786	1 664
1973	1 577	1 473
1974	1 540	1 430
1975	1 542	1 365
1976	1 637	1 389
1977	1 851	1 349
1978	1 899	1 331
1979	1 895	1 328
1980	1 942	1 396
1981	1 854	1 395
1982	1 858	1 373
1983	1 790	1 313
1984	1 735	1 283
1985	1 734	1 269
1986	1 700	1 330
1987	1 740	1 327

¹⁾ Geburten je 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren (ohne Ausländer).
Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch der DDR, Berechnungen des DIW.

- Neue familienpolitische Maßnahmen zur Geburtenförderung werden nicht ergriffen. Damit dürfte sich künftig die Zahl der Geburten je Frau verringern.
- Nach der Einführung der sozialen Marktwirtschaft kann der Einzelne seine Zukunft nicht mehr so planen wie vorher. Unsicherheiten (z.B. das Risiko des Arbeitsplatzverlustes) senkten die Neigung, Kinder zu bekommen.
- Neben solchen Risiken werden sich aber auch mehr Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnen (z.B. Reisen und Anschaffungen). Auch deshalb werden sich manche ihren Wunsch, Kinder zu haben, später erfüllen.
- Die Unterbringung in Kinderbetreuungseinrichtungen war bislang für die Eltern mit sehr geringen Kosten verbunden. Künftig ist damit zu rechnen, daß der Beitrag der Eltern steigen wird. Auch dies dürfte tendenziell zu einer Verringerung der Geburtenzahl führen.

Insgesamt wird angenommen, daß sich die Kinderzahl je Frau künftig verringern wird. Insbesondere junge Frauen werden voraussichtlich deutlich weniger Kinder zur Welt bringen. Von den 1958 geborenen Frauen hatte im Alter unter 20 Jahren jede dritte Frau in der DDR bereits ein Kind geboren; im Bundesgebiet hingegen waren erst zwei von 1 000 Frauen Mütter. Für die Vorausschätzung wird unterstellt, daß bei den 1973 geborenen Frauen die Zahl der Geburten in dieser Altersgruppe (15- bis 19jährige) auf 195 pro 1 000 Frauen sinkt. Relativ hoch wird vermutlich auch der Rückgang der Geburtenzahlen bei den Frauen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren sein. Da voraussichtlich einige Geburten zeitlich hinausgeschoben werden, dürften sich die Geburtenziffern in den

mittleren Altersjahren (25 bis unter 35 Jahren) nur leicht verringern, in den Altersjahren vom 35. Lebensjahr an wird sich das Geburtenverhalten wohl nur geringfügig ändern.

Diese Annahmen sind zu einem Geburtenmuster für die 1973 geborenen Frauen verdichtet worden. Für diesen Geburtsjahrgang wird unterstellt, daß 1 500 Kinder je 1 000 Frauen geboren werden, etwa 360 Kinder weniger als im Geburtsjahrgang 1958 zu erwarten ist. Die Geburtenziffern der früher geborenen Frauen werden sich dabei schrittweise an das Geburtenmuster der Kohorte 1973 annähern und danach konstant bleiben.

Sterblichkeit

In der DDR ist die Sterblichkeit in den letzten Jahrzehnten ebenso wie im Bundesgebiet gesunken. In den Jahren von 1950 bis 1987 hat sich die Lebenserwartung für neugeborene Mädchen um sieben auf 77 Jahre und für neugeborene Jungen um fünf auf knapp 70 Jahre erhöht. Die Steigerung der Lebenserwartung ist im wesentlichen auf die Verringerung der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen, die 1987 lediglich ein Zehntel der von 1950 ausmachte.

Dennoch lagen nach der abgekürzten Sterbetafel 1986/87 die altersspezifischen Sterbeziffern in der DDR über denen im Bundesgebiet. Die Lebenserwartung ist in der DDR im Durchschnitt um drei Jahre geringer als im Bundesgebiet. Die Unterschiede in der Sterblichkeit zwischen den beiden deutschen Staaten sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen (z.B. medizinische Versorgung, Ernährungsverhalten, Arbeitsbedingungen, Umweltschädigungen).

Die künftige Entwicklung der Sterblichkeit der Bevölkerung auf dem Gebiet der DDR wird teilweise von gegenläufigen Effekten geprägt sein. Zum einen kann unterstellt werden, daß sich die medizinische Versorgung relativ rasch verbessert. Auch das Ernährungsverhalten dürfte sich mit zunehmender Vielfalt im Warenangebot ändern. Eine spürbare Verbesserung der Umweltbedingungen wird allerdings einige Zeit dauern. Zum anderen dürften die Streßfaktoren — z.B. Erhöhung des Leistungsdrucks — zunehmen. Insgesamt wird angenommen, daß sich die Sterblichkeit weiterhin verringert. Der Rückgang der Sterblichkeit vollzieht sich dabei nicht gleichmäßig. Es wird unterstellt, daß die Verringerung der Sterblichkeit sich verlangsamt, je höher der Stand der Lebenserwartung ist. Am Ende des Prognosezeitraumes werden die Sterblichkeitsverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands gleich sein (Tabelle 2).

Wanderungen

Über die Grenzen der DDR wandern sowohl Deutsche als auch Ausländer. Der Anteil der Ausländer an der Be-

Tabelle 2

Sterbewahrscheinlichkeiten
je 1000 Personen

Vollendetes Lebensalter	1995		2000		2040	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1	1,6	1,2	1,5	1,1	1,0	0,8
5	1,0	0,8	0,9	0,7	0,6	0,5
10	1,0	0,6	0,9	0,6	0,7	0,5
15	3,7	1,6	3,4	1,4	2,4	1,0
20	5,0	1,9	4,6	1,7	3,3	1,2
25	5,2	2,4	4,8	2,2	3,3	1,6
30	6,8	3,1	6,2	2,9	4,2	2,1
35	9,5	4,9	8,8	4,7	6,3	3,7
40	14,7	7,6	13,7	7,2	9,9	5,3
45	24,6	11,8	23,3	10,9	17,5	7,6
50	42,2	19,2	40,1	17,8	30,7	12,5
55	67,1	30,5	63,9	28,5	49,4	20,5
60	99,9	49,5	95,6	46,2	75,4	33,1
65	152,0	81,3	143,0	74,9	105,7	52,4
70	235,6	134,2	223,2	122,3	169,3	84,0
75	362,4	236,4	349,1	217,5	283,8	152,6
80	528,6	404,1	515,4	375,9	447,7	274,8
85	704,3	593,6	696,3	568,0	665,5	450,0

Quelle: Schätzungen des DIW.

völkerung ist mit rund 1 vH gering. Bei den Ausländern handelt es sich überwiegend um Personen, die sich aufgrund von zwischenstaatlichen Abkommen als Arbeitskräfte oder zur Ausbildung in der DDR aufhalten. Im allgemeinen kehren sie vertragsgemäß nach wenigen Jahren in ihre Heimatländer zurück. Nach der Wende haben schon viele Ausländer die DDR vorzeitig verlassen. An eine Verlängerung der Abkommen ist nicht gedacht.

In Zukunft dürfte sich die Struktur bei den Ausländern verändern. Es ist damit zu rechnen, daß sie sich eher derjenigen angleichen wird, wie sie in der Bundesrepublik besteht. Für die Bundesrepublik wird künftig mit positiven Wanderungssalden gerechnet⁴. In welchem Umfang sich diese Zuwanderungen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch auf das Gebiet der heutigen DDR erstrecken werden, ist derzeit noch nicht abzusehen. In der hier vorgelegten Bevölkerungsprojektion bleiben die Wanderungen von Ausländern außer Ansatz.

Während in den fünfziger Jahren der Bevölkerungsverlust in der DDR durch Abwanderungen deutscher Personen erheblich war, spielten die Fortzüge nach der Schließung der Grenzen zum Bundesgebiet nur eine geringe Rolle. Im Jahr 1989 hat sich die Situation völlig geändert. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums haben im vergangenen Jahr 344 000 deutsche Personen die DDR verlassen. Bis Ende Mai dieses Jahres zogen rund 200 000 Personen aus der DDR fort.

Die Wanderungsbewegungen werden sich sicher fortsetzen und in den nächsten Jahren die entscheidende Determinante der Bevölkerungsentwicklung sein. Umfragen des DDR-Instituts für Soziologie und Sozialpolitik

im Dezember 1989 haben ergeben, daß 7 vH der DDR-Bürger fest entschlossen sind oder erwägen auszuwandern, 16 vH wahrscheinlich nicht auswandern wollen, während 77 vH sicher in der DDR bleiben wollen. Spätere Umfragen des DDR-Instituts für Jugendforschung signalisieren allerdings eine erhöhte Bereitschaft zum Verlassen der DDR, obwohl sich die Situation nach den Wahlen entscheidend verändert hat⁵.

Der Umfang der Abwanderungen wird in starkem Maße von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR abhängen. Entscheidend dürfte sein, wie schnell und in welchem Maße sich die Lebensbedingungen in der DDR verbessern werden. Hier sind verschiedene Entwicklungspfade denkbar, die durch zwei Szenarien eingegrenzt worden sind. Gemeinsam ist beiden Szenarien die Annahme, daß es zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen wird, womit Übersiedlerströme zu Binnenwanderungen werden.

Im Szenario A wird angenommen, daß die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu einem raschen Strukturwandel in der DDR führen wird, die Umstrukturierungen

⁴ In den nächsten fünf Jahren wird für die Bundesrepublik mit jeweils 100 000 und in den Jahren danach bis zur Jahrtausendwende mit jeweils 50 000 Nettozuzügen gerechnet. Anschließend werden sich die jährlichen Nettozuzüge auf 30 000 (bis 2010), 20 000 (von 2011 bis 2020) und 10 000 (von 2021 bis 2040) verringern.

⁵ Vgl. Auswirkungen der Öffnung der innerdeutschen Grenzen auf den bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt. Bearb.: K. Brenke, V. Meinhardt, F. Stille, J. Volz, H. Vortmann, G. Wagner. In: Diskussionspapiere des DIW, Nr. 5/1990, S. 11.

gut verkraftet werden und die Arbeitslosigkeit relativ schnell wieder abgebaut wird. Mit der wirtschaftlichen Belebung dürften sich die Chancen erhöhen, in Tarifverhandlungen Lohnerhöhungen durchzusetzen und somit die Lohndifferenzen zum Bundesgebiet rasch zu verringern. Bei diesem optimistischen Szenario wird mit einem deutlichen Rückgang der Nettoabwanderungen aus der DDR gerechnet. Zwar werden für 1990 noch Nettoabwanderungen in Höhe von 300 000 Personen erwartet, in den darauf folgenden fünf Jahren dürfte sich jedoch der Abwanderungsverlust durchschnittlich jährlich auf 100 000 und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf 20 000 verringern.

Rechnet man von 1992 an mit einem einheitlichen Deutschland, so wird sich in den neun Jahren bis zum Jahr 2000 insgesamt ein Binnenwanderungssaldo von 400 000 ergeben. Damit würden jährlich 3 Personen pro 1 000 Einwohner das Gebiet der DDR verlassen. Diese Relation ist etwas größer, als in den letzten Jahren für das Land Nordrhein-Westfalen beobachtet werden konnte. In diesem Bundesland, das eine ähnlich hohe Einwohnerzahl wie die heutige DDR hat, waren im Durchschnitt der Jahre von 1978 bis 1987 Abwanderungen von 2 Personen pro 1 000 Einwohner im Jahresdurchschnitt zu verzeichnen. Diese höheren Abwanderungen sind jedoch plausibel, weil für die ersten Jahre das Wohlstandsgefälle zwischen dem Gebiet der DDR und dem Bundesgebiet auch bei optimistischen Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung sehr viel größer sein wird als zwischen den Bundesländern.

Für den anschließenden Zehnjahreszeitraum bis 2010 wird noch ein leichter Überschuß der Fortzüge über die Zuzüge erwartet, dann jedoch dürften sich per Saldo die Zu- und Fortzüge ausgleichen⁶. Mit den Fortzügen von 1989 werden nach diesem Szenario bis zum Jahr 2000 per Saldo gut 1,2 Mill. Personen das Gebiet der heutigen DDR verlassen haben (Tabelle 3).

Tabelle 3
Saldo der Wanderungen über die Grenzen der DDR
Deutsche Personen in 1000

Jahre	Szenario A	Szenario B
1989	340	340
1990	300	400
1991	200	280
1992	120	180
1993	80	130
1994	60	110
1995	40	80
1996—2000	20	60
2001—2010	10	30
2011—2020	0	20
2021—2030	0	10
2031—2040	0	0

Quelle: Schätzungen des DIW.

Auch im Szenario B wird angenommen, daß die Reformen in der DDR kurzfristig greifen und das Wohlstandsgefälle zum Bundesgebiet abgebaut werden kann. Im Gegensatz zum Szenario A wird jedoch von einem längeren Zeitbedarf ausgegangen. Dieser Prozeß dürfte ebenfalls zu einem Abwanderungstrend führen, der dem des Szenarios A entspricht, aber auf einem etwas höheren Niveau liegt. Es wird damit gerechnet, daß 1990 netto 400 000 und in den Jahren 1991 bis 1995 durchschnittlich jährlich 160 000 Personen aus dem Gebiet der DDR fortziehen. Anschließend verringert sich der Abwanderungsüberschuß deutlich: von 1996 bis 2000 auf 60 000, von 2001 bis 2010 auf 30 000, von 2011 bis 2020 auf 20 000 und von 2021 bis 2030 auf 10 000 Personen. Mit den Abwanderungen von 1989 werden bis zum Jahresende 2000 1,8 Mill. Personen aus dem Gebiet der DDR fortgezogen sein. Bei diesem Szenario betragen die Abwanderungen in den Jahren 1992 bis 2000 jährlich sechs Personen je 1 000 Einwohner. Sie liegen damit deutlich über den relativen Wanderungsverlusten Nordrhein-Westfalens. Anschließend verringern sie sich aber auch hier auf ein Niveau, das bei den Binnenwanderungen im Bundesgebiet beobachtet werden kann.

Ergänzend zu diesen beiden Szenarien ist auch die Bevölkerung ohne Wanderung vorausberechnet worden, um den Einfluß der Wanderungsbewegung zu verdeutlichen.

Ergebnisse

Die Zahl der Bevölkerung in der DDR nimmt in beiden Szenarien langfristig ab: Auch ohne Abwanderungen würde sie sich verringern, von 16,7 Mill. (1988) auf 13,5 Mill. im Jahre 2040 (Tabelle 4). Während jedoch die Einwohnerzahl bei dieser Rechnung bis zum Jahr 2000 fast konstant bleibt, wird sie sich in beiden Szenarien auf 15,1 bzw. 14,5 Mill. Personen reduzieren. Sie liegt damit um 1,6 bzw. 2,2 Mill. unter dem Wert von 1988. Dies entspricht einem Rückgang von insgesamt 10 bis 15 vH. Im Zeitraum nach 2000 schwächt sich der Bevölkerungsrückgang bei den Szenarien A und B ab. Im Jahr 2020 wird die Zahl der Einwohner zwischen 14 Mill. (Szenario A) und 13 Mill. (Szenario B) liegen. Am Ende des Prognosezeitraumes werden 12 Mill. (Szenario A) bzw. knapp 11 Mill. Menschen (Szenario B) auf dem Gebiet der DDR leben. Dies entspricht einer Verringerung der Einwohnerzahl um

⁶ Zwar werden auch nach dem Jahr 2010 Personen aus dem Gebiet der DDR fortziehen, da aber dort mit einem baldigen wirtschaftlichen Aufschwung gerechnet wird, dürfte die damit einhergehende Steigerung der Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften auch zu Zuzügen in dieses Gebiet führen. Auch ist damit zu rechnen, daß nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein Teil der Aussiedler sich in dem Gebiet der DDR niederlassen wird. Da über die Höhe solcher Wanderungen keine Anhaltspunkte vorliegen, wird hier vom Jahr 2010 an insgesamt ein ausgeglichener Wanderungssaldo unterstellt.

Tabelle 4

Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für das Gebiet der DDR

Jahresende	Szenario A			Szenario B			Entwicklung ohne Wanderung		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
in Mill. Personen									
1988	8,0	8,7	16,7	8,0	8,7	16,7	8,0	8,7	16,7
1995	7,4	8,0	15,4	7,2	7,8	15,0	8,1	8,6	16,6
2000	7,3	7,8	15,1	7,0	7,5	14,5	8,0	8,5	16,5
2005	7,3	7,6	14,9	6,9	7,3	14,2	8,0	8,4	16,4
2010	7,2	7,5	14,7	6,8	7,1	13,8	8,0	8,3	16,3
2015	7,0	7,4	14,4	6,6	6,9	13,4	7,8	8,2	16,0
2020	6,8	7,1	14,0	6,3	6,6	12,9	7,6	8,0	15,6
2025	6,6	6,9	13,5	6,0	6,3	12,3	7,4	7,7	15,1
2030	6,3	6,6	12,9	5,7	6,0	11,7	7,1	7,5	14,6
2035	6,1	6,4	12,4	5,5	5,7	11,2	6,8	7,2	14,0
2040	5,8	6,1	11,9	5,2	5,5	10,7	6,5	6,9	13,5
1988 = 100									
1988	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1995	93,3	91,7	92,4	90,8	89,4	90,0	101,0	98,7	99,8
2000	92,1	89,3	90,6	88,2	85,7	86,9	100,8	97,2	98,9
2005	91,2	87,8	89,4	86,6	83,4	84,9	100,5	96,2	98,2
2010	90,0	86,4	88,1	84,7	81,4	82,9	99,8	95,4	97,5
2015	88,2	84,5	86,3	82,2	78,7	80,4	98,3	93,7	95,9
2020	85,5	82,0	83,7	78,8	75,5	77,1	95,8	91,5	93,5
2025	82,4	79,1	80,7	75,4	72,2	73,7	92,7	88,8	90,6
2030	79,3	75,9	77,5	72,0	68,8	70,3	89,3	85,7	87,4
2035	76,1	73,0	74,5	68,9	65,9	67,4	85,9	82,8	84,3
2040	72,5	70,2	71,3	65,7	63,2	64,4	82,0	79,8	80,8

Quelle: Projektionen des DIW.

30 vH bzw. 40 vH gegenüber 1988; ohne Wanderungen wären es 20 vH. Generell wird die Zahl der weiblichen Bevölkerung etwas stärker abnehmen als die der männlichen.

Die künftige Bevölkerungsentwicklung wird mit starken Strukturveränderungen einhergehen. Bei allen Varianten wird der Anteil der Personen im Rentenalter an der Gesamtbevölkerung zunehmen, die Quote der Kinder und Jugendlichen und die der Bevölkerung im Erwerbsalter dagegen zurückgehen.

Für das Jahr 2000 zeigen die Berechnungen folgendes Bild:

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (Personen unter 20 Jahren) würde sich ohne Abwanderungen um 0,4 Mill. auf 3,9 Mill. verringern und damit auf einen Anteil von 23,5 vH sinken (1988: 25,8 vH). Bei den Varianten mit Wanderungen geht die Zahl um 0,8 bzw. 0,9 Mill. zurück und ihr Gewicht auf unter 23 vH (Tabelle 5).

Die Zahl der Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen (Personen von 20 bis unter 60 Jahren), würde sich ohne Wanderungen lediglich um 0,4 Mill. auf 9,0 Mill. vermindern, unter Berücksichtigung von Wanderungen dagegen um 1,3 bzw. 1,7 Mill. Der Anteil dieser Personengruppe an der Gesamtbevölkerung würde in der

Rechnung ohne Wanderungen nur leicht auf 54,8 vH abnehmen (1988: 56,2 vH), ansonsten dürfte er bei 53 vH liegen.

Bei den Personen im Rentenalter ist im Vergleich zu 1988 bei der Variante ohne Wanderungen eine Zunahme um 0,6 Mill. auf 3,6 Mill. zu erwarten; der Anteil an der Gesamtbevölkerung würde von 18 vH auf knapp 22 vH steigen. Obwohl die Zahl der älteren Menschen unter Berücksichtigung der Außenwanderungen nur geringfügig niedriger ist, wird sich ihr Anteil auf bis zu 24 vH erhöhen. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß bei den Wanderungen Personen im erwerbsfähigen Alter überproportional vertreten sind. Die Abwanderungen beschleunigen somit das „Älterwerden“ der Bevölkerung; ohne sie würden Rentner erst gut zehn Jahre später die Quote von einem Viertel an der Gesamtbevölkerung erreichen.

Derartige Verschiebungen im Altersaufbau haben Auswirkungen auf wichtige gesellschaftliche Bereiche. Ein solcher Bereich ist die Alterssicherung. Bei einer Zunahme der Rentnerzahl und einem Rückgang der Zahl von Erwerbspersonen steigt die Belastung der aktiven Bevölkerung. Als grober Indikator wird dafür häufig der Altenquotient herangezogen (Personen im Rentenalter in vH der Personen im erwerbsfähigen Alter). Dieser Quotient wird sich in den nächsten zehn Jahren von 32 vH auf

Tabelle 5

Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der DDR für ausgewählte Altersgruppen

Altersgruppen	1988	Szenario A					Szenario B					Entwicklung ohne Wanderung				
		2000	2010	2020	2030	2040	2000	2010	2020	2030	2040	2000	2010	2020	2030	2040
	Mill. Personen															
0 bis unter 15	3,2	2,4	2,1	2,0	1,6	1,5	2,3	2,0	1,8	1,4	1,3	2,7	2,4	2,2	1,8	1,7
15 bis unter 20	1,1	1,1	0,8	0,7	0,7	0,5	1,0	0,7	0,7	0,6	0,5	1,1	0,9	0,8	0,7	0,6
20 bis unter 60	9,4	8,1	8,2	7,3	6,4	5,8	7,7	7,6	6,6	5,8	5,3	9,0	9,2	8,3	7,3	6,7
60 bis unter 65	0,8	1,1	0,7	1,0	0,9	0,9	1,1	0,7	1,0	0,8	0,8	1,1	0,8	1,1	1,1	1,0
65 und älter	2,2	2,4	2,9	3,0	3,3	3,2	2,4	2,8	2,8	3,1	2,9	2,4	3,0	3,2	3,6	3,6
Insgesamt	16,7	15,1	14,7	14,0	12,9	11,9	14,5	13,8	12,9	11,7	10,7	16,5	16,3	15,6	14,6	13,5
	Struktur in vH															
0 bis unter 15	19,4	16,1	14,4	14,0	12,5	12,5	15,8	14,2	13,9	12,3	12,5	16,6	14,6	14,1	12,6	12,4
15 bis unter 20	6,4	7,0	5,3	5,1	5,1	4,4	7,0	5,1	5,1	5,1	4,3	6,9	5,5	5,1	5,1	4,4
20 bis unter 60	56,2	53,8	55,6	52,2	49,8	49,1	53,3	55,1	51,4	49,4	49,1	54,8	56,6	53,2	50,0	49,5
60 bis unter 65	4,8	7,4	5,0	7,4	7,1	7,5	7,6	5,0	7,5	7,0	7,6	6,9	5,0	7,4	7,4	7,2
65 und älter	13,2	15,8	19,8	21,3	25,5	26,5	16,3	20,5	22,2	26,2	26,6	14,8	18,3	20,3	24,9	26,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Quelle: Projektionen des DIW.																

Quelle: Projektionen des DIW.

43 vH (Szenario A) erhöhen. Er ist damit im Jahr 2000 fast genauso hoch wie im Bundesgebiet (42 vH). Ohne Abwanderungen würde der Quotient im Jahr 2000 in der DDR immerhin noch 40 vH betragen.

Der Jugendquotient (Personen im jugendlichen Alter in vH der Personen im erwerbsfähigen Alter) wird sich dagegen in allen Varianten von 46 vH auf 43 vH verringern, weil die Zahl der Kinder und Jugendlichen stärker zurückgeht als die der erwerbsfähigen Bevölkerung. In beiden Altersgruppen kommt es zu Wanderungsverlusten, bei den Kindern machen sich zusätzlich die sinkenden Geburtenraten bemerkbar.

Die Zahl der 20- bis unter 60jährigen liefert nur grobe Anhaltspunkte über das Erwerbspersonenpotential. In der DDR lag die Erwerbsbeteiligung — insbesondere die der Frauen — bisher ganz erheblich über der in der Bundesrepublik. Inwieweit sich das Erwerbsverhalten der Frauen durch die Umwälzungen in der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verändern wird, ist zur Zeit noch nicht absehbar. Vermutlich werden aber nicht mehr die — auch im internationalen Vergleich extrem hohen — Erwerbsquoten wie in der Vergangenheit erreicht. Dies dürfte insbesondere dann der Fall sein, wenn die Kinderbetreuungsmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Aber auch die Erwerbstätigkeit in den höheren Altersjahren wird sich in den nächsten zehn Jahren eher verringern. Von dem Wandel dürften ältere Arbeitnehmer in zweierlei Hinsicht besonders betroffen sein: Strukturelle Arbeitslosigkeit trifft — wie die Erfahrungen in der Bun-

desrepublik zeigen — ältere Arbeitnehmer im besonderen Maße, da ihre Aussichten, einen neuen Arbeitsplatz zu erhalten, geringer sind als bei jüngeren Arbeitnehmern. Bei längerer Arbeitslosigkeit dürften sich insbesondere ältere verheiratete Frauen in die „Stille Reserve“ zurückziehen. Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer und für Personen mit verminderter Erwerbsfähigkeit weisen oftmals eine geringere Produktivität auf. Solche Arbeitsplätze könnten deshalb im Zuge des Strukturwandels verstärkt wegfallen. Die Regierung Modrow hat zur sozialen Sicherung für ältere Erwerbstätige eine Vorruhestandsregelung geschaffen, wonach ältere Arbeitnehmer unter bestimmten Voraussetzungen bis zu fünf Jahren vor der gesetzlichen Altersgrenze aus dem Berufsleben ausscheiden können⁷. Hinzu kommt, daß das Risiko der Arbeitslosigkeit älterer Erwerbspersonen erfahrungsgemäß über einen Anstieg der Erwerbsunfähigkeit auf die Rentenversicherung überwältigt wird.

Insgesamt muß damit gerechnet werden, daß sich die Zahl der dem Arbeitsmarkt letztlich zur Verfügung stehenden Personen stärker reduzieren wird als die Zahl der 20- bis unter 60jährigen. Die tatsächlichen Belastungsquotienten dürften also höher sein als hier angegeben.

Weit in die Zukunft reichende Prognosen sind mit erheblichen Vorbehalten zu interpretieren; in die Rechnung geht z.B. das generative Verhalten (die Neigung, Kinder

⁷ Diese Regelung wird auch durch den Staatsvertrag nicht außer Kraft gesetzt.

zu bekommen) von Frauen ein, die heute selbst noch nicht geboren sind. Deshalb zeigen Langfristbetrachtungen lediglich mögliche Pfade der Entwicklung. Bei den nachfolgenden Ausführungen für den Zeitraum 2010 bis 2040 ist dies zu beachten.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen wird gegenüber dem Jahr 2000 bei allen Varianten bis 2010 nochmals erheblich zurückgehen, und zwar um 0,5 Mill. (ohne Wanderungen) bis 0,6 Mill. (Szenario B). Danach dürfte sie von Dekade zu Dekade nur noch um durchschnittlich 0,3 Mill. abnehmen. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung wird damit von 23 vH im Jahre 2000 bis auf knapp 20 vH (2010) sinken und sich dann bis 2040 nur noch allmählich auf unter 17 vH verringern.

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird sich vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2010 nur wenig verändern, anschließend ist aber für die beiden Jahrzehnte bis 2030 mit einem Rückgang um je eine Million zu rechnen. In der letzten Dekade wird sich die Abnahme voraussichtlich deutlich auf 0,5 Mill. verlangsamen. Der Strukturanteil der 20- bis unter 60jährigen vermindert sich dabei, je nach Variante, von 53 bis 55 vH im Jahre 2000 bis zum Jahr 2040 weiter auf knapp 50 vH.

Die Zahl der Personen im Rentenalter dürfte sich — abgesehen von der Variante ohne Wanderungen — von 2000 bis 2010 zunächst stabilisieren, sich danach aber bis 2030 erneut vergrößern. Erst in der letzten Dekade ist mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung wird der Anteil der Rentner wahrscheinlich von 22 bis 25 vH im Jahr 2000 auf 28 bis 32 vH

im Jahre 2020 und auf die Höchstwerte von 32 bis 36 vH in den Jahren 2030 und 2040 steigen.

Für die Relationen zwischen der nichterwerbsfähigen und der erwerbsfähigen Bevölkerung bedeutet dies, daß der Altenquotient von 40 bis 50 vH im Jahre 2000 bis zum Jahre 2010 nur geringfügig steigt, dann aber in den beiden folgenden Dekaden um jeweils gut 10 vH-Punkte zunimmt. Das Maximum mit Werten von 68 bis 76 vH wird im Jahre 2040 erreicht. Der Jugendquotient nimmt voraussichtlich einen anderen Verlauf. Er wird mutmaßlich von 43 vH im Jahre 2000 auf 35 vH im Jahre 2010 zurückgehen und sich im Anschluß daran bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auf diesem Niveau halten.

Die Entwicklung der Einwohnerzahl in der DDR unterscheidet sich im Trend nicht von derjenigen im Bundesgebiet. In beiden Teilen Deutschlands reicht schon gegenwärtig die Zahl der Lebendgeborenen nicht aus, um die Zahl der Gestorbenen auszugleichen. Damit ist hier wie dort langfristig ein Bevölkerungsrückgang angelegt. Eine Addition der Bevölkerungszahlen aus dieser Projektion (Variante B) und der des DIW für die Bundesrepublik⁸ (Variante A) zeigt, daß im Jahr 2000 in Deutschland voraussichtlich 80,2 Mill. Personen leben werden. Die Einwohnerzahl wird danach jedoch im beträchtlichen Maße zurückgehen: Im Jahr 2040 werden in ganz Deutschland etwa gleich viel Menschen leben wie heute auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

⁸ Vgl. Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O.

Anhaltend rege Verbrauchskonjunktur

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1990¹

Die verhaltene Entwicklung der realen Konsumnachfrage scheint nunmehr überwunden zu sein. Schon im Jahresendquartal 1989 hatte sich eine merkliche Nachfragebelebung abgezeichnet, die sich zu Beginn dieses Jahres fortsetzte. Auch im ersten Quartal dürfte der — von Saisoneinflüssen und Preissteigerungen bereinigte — private Verbrauch um rund 1 vH gestiegen sein; dies entspricht einer Zunahme von 2,7 vH gegenüber dem Vorjahr².

Die in der Tabelle ausgewiesene Zuwachsrate von gut 2 vH ist infolge einer veränderten Behandlung der Käufe von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik durch das Statistische Bundesamt stark überzeichnet. Während derartige Käufe in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung noch im Quartal zuvor als Ausfuhr verbucht wurden³, werden sie nun dem privaten Verbrauch in der Bundesrepublik zugerechnet. Diese Vorgehensweise wäre zwar vom Konzept her zu diskutieren, aus pragmatischer Sicht hat sie aber insofern erhebliche Vorteile, als diese Käufe, über deren Umfang und Struktur es keine fundierten statistischen Informationen gibt, nun nicht mehr gesondert geschätzt werden müssen.

Auch ohne diesen rechnerischen Zuschlag von etwa 1 Prozentpunkt kann die Verbrauchskonjunktur im Berichtszeitraum als durchweg günstig bewertet werden. Für diese Entwicklung hatten vor allem die zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Steuerentlastungen Gewicht. Dabei wurde der von der beschleunigten Entwicklung der verfügbaren Einkommen gesteckte Rahmen nicht einmal ausgeschöpft, denn auch die Sparquote erhöhte sich⁴.

Die kräftige Ausweitung der Verbrauchsausgaben um 2½ vH war von einem verstärkten Preisauftrieb begleitet. Der Anstieg des Preisindex des privaten Verbrauchs um knapp 1 vH kommt im Vorjahresvergleich (2,4 vH nach 3 vH im Quartal zuvor) allerdings nicht zum Ausdruck, da hier die Verbrauchsteuererhöhungen Anfang 1989 die Rechnung beeinflussen.

Von der regen Konsumnachfrage im Berichtszeitraum profitierte vor allem der *Einzelhandel*. Das reale Umsatzplus von 3 ½ vH gegenüber dem Vorquartal ist auch in langfristiger Betrachtung bemerkenswert⁵. Auffällig war hier außerdem die ungewöhnlich stabile Aufwärtsentwicklung des Umsatzes bei nur geringen monatlichen Schwankungen. Dabei ist vor allem das Märzergebnis (real +5 vH gegenüber dem Vorjahr) erwähnenswert, das trotz der unterschiedlichen Lage des Ostergeschäftes — letztes Jahr im März, diesmal hauptsächlich im April — recht positiv ausfiel.

Bedarfsbereiche

Die im letzten Jahr beständige Expansion der Ausgaben für *Nahrungs- und Genußmittel* setzte sich nicht fort. Im Jahresanfangsquartal ergab sich nur noch ein — gemessen an der Konsumententwicklung insgesamt — weit unterdurchschnittlicher Anstieg um 0,7 vH, in der realen Rechnung sogar Stagnation. Das aber immer noch hohe Nachfrageniveau in diesem Bedarfsbereich dokumentiert der Vorjahresvergleich, bei dem ein Ausgabenplus von fast 7 vH (real 3 ½ vH) zu Buche steht. Der schon im letzten Jahresviertel 1989 zu beobachtende Preisauftrieb hielt an. Die Verteuerung binnen Jahresfrist machte mehr als 3 vH aus, wobei insbesondere die Preise von saisonabhängigen Nahrungsmitteln (+12 vH) — hier vor allem die Kartoffelpreise (+35 vH) — spürbar anzogen.

Überraschend kräftig war die Nachfrage nach *Kleidung und Schuhen*. Das Niveau vom Vorquartal wurde sowohl wertmäßig als auch preisbereinigt um rund 5 vH übertroffen; hier haben sicherlich die Käufe von DDR-Besuchern eine wesentliche Rolle gespielt. Besonders gefragt waren Schuhe; mit der realen Zunahme von gut 15 vH konnten die Absatzverluste vom Frühjahr 1989 an kurzfristig wettgemacht werden, so daß der Vergleich mit dem Vorjahresergebnis wieder positiv ausfiel.

Die Ausgaben für *Wohnungsmieten* expandierten wie in den vorangegangenen Quartalen (1,4 vH). Einer Abschwächung des realen Anstiegs standen dabei beschleunigte Mieterhöhungen (1 vH) gegenüber. Offensichtlich schlagen sich die in jüngster Zeit an Bedeutung gewinnenden Faktoren (Wohnungsmangel, Anstieg der

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

² Vgl. Konjunkturaufschwung ungebrochen. Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das erste Quartal 1990. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/1990, S. 278 ff.

³ Vgl. auch Verbrauchskonjunktur zum Jahresausklang durch Übersiedlerwelle begünstigt. Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1989. Bearb.: Jochem Schmidt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/1990, S. 127 ff.

⁴ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 20/1990, a.a.O.

⁵ Diese Rechnung ist auch nicht von der Änderung des Verbuchungskonzeptes in der VGR betroffen, denn die Käufe der privaten Haushalte beim Einzelhandel sind Teil der Konsumkäufe nach dem Inlandskonzept, zu denen auch die Käufe von „Gebietsfremden“ in der Bundesrepublik rechnen.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

Verwendungszwecke	1989	Ursprungswerte 1989					Saisonbereinigte Werte ⁸⁾ 1989					1990
		I	II	III	IV	I ⁷⁾	I	II	III	IV	I ⁷⁾	
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	263,42	60,91	65,18	65,96	71,37	65,03	64,1	65,4	66,1	67,8	68,3	
Kleidung, Schuhe	100,66	22,39	23,75	22,80	31,72	23,40	25,6	24,8	25,1	25,3	26,5	
Wohnungsmieten ²⁾	192,24	47,35	47,70	48,24	48,95	50,05	47,1	47,7	48,4	49,1	49,8	
Haushaltsenergie ³⁾	52,25	13,36	11,60	12,06	15,23	14,96	11,7	12,8	13,3	14,1	13,4	
Haushaltsführung	112,53	26,43	26,93	26,78	32,39	28,23	27,7	27,9	28,3	28,7	29,5	
Gesundheits- u. Körperpflege	58,57	14,42	14,44	14,52	15,19	15,07	14,5	14,6	14,7	14,8	15,2	
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	192,53	45,60	52,32	46,30	48,31	48,70	48,8	48,3	47,1	48,9	51,6	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	118,43	27,66	26,83	28,29	35,65	29,26	29,1	29,1	29,7	30,4	30,7	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	86,41	19,75	21,29	22,13	23,24	21,27	20,9	21,4	21,8	22,3	22,5	
Privater Verbrauch ⁵⁾	1 213,36	286,00	298,61	300,29	328,46	303,93	299,5	301,2	303,8	309,2	317,2	
Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr						Vorquartal						
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	5,0	2,4	6,1	4,6	6,7	6,8	1,0	2,0	1,0	2,6	0,7	
Kleidung, Schuhe	2,5	4,5	1,5	1,7	2,6	4,5	4,0	-2,9	1,3	0,8	4,7	
Wohnungsmieten ²⁾	5,7	5,7	5,9	5,8	5,5	5,7	1,2	1,4	1,4	1,4	1,4	
Haushaltsenergie ³⁾	5,1	-3,1	3,5	7,6	12,8	12,0	-8,1	9,0	3,8	5,7	-4,8	
Haushaltsführung	5,1	4,8	6,0	5,2	4,5	6,8	1,5	0,6	1,6	1,2	2,9	
Gesundheits- u. Körperpflege	2,3	3,7	3,7	1,8	0,0	4,5	-2,0	0,9	0,2	0,6	2,7	
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	7,6	10,6	9,2	3,1	7,7	6,8	8,3	-1,0	-2,4	3,7	5,6	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,8	1,8	4,6	4,0	4,0	5,8	-0,6	-0,1	2,2	2,2	1,1	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	7,2	7,3	7,3	6,8	7,6	7,7	0,7	2,2	1,7	2,4	0,8	
Privater Verbrauch ⁵⁾	4,9	4,9	5,5	4,1	4,9	6,3	1,8	0,5	0,9	1,8	2,6	
Mrd. DM zu Preisen von 1980												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	220,77	51,50	54,49	55,31	59,47	53,30	54,3	55,0	55,5	56,1	56,2	
Kleidung, Schuhe	80,58	18,01	19,03	18,26	25,28	18,60	20,6	19,9	20,1	20,1	21,2	
Wohnungsmieten ²⁾	142,03	35,35	35,35	35,52	35,81	36,27	35,1	35,4	35,6	35,9	36,1	
Haushaltsenergie ³⁾	46,57	12,11	10,43	10,78	13,25	13,51	10,8	11,6	11,9	12,0	12,2	
Haushaltsführung	90,94	21,54	21,82	21,59	25,99	22,55	22,6	22,6	22,9	22,9	23,6	
Gesundheits- u. Körperpflege	43,87	10,86	10,82	10,86	11,33	11,19	11,0	11,0	10,9	11,0	11,3	
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	153,62	36,80	41,32	36,97	38,53	38,42	39,4	38,3	37,6	38,7	40,9	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	100,45	23,47	22,79	24,08	30,11	24,39	24,9	24,8	25,2	25,6	25,8	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	63,91	14,69	15,77	16,32	17,13	15,41	15,6	15,8	16,1	16,3	16,3	
Privater Verbrauch ⁵⁾	966,17	229,40	236,56	238,36	261,85	238,02	240,5	240,2	241,5	243,9	249,0	
Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr						Vorquartal						
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,8	1,1	3,0	3,2	3,7	3,5	0,6	1,1	0,9	1,2	0,1	
Kleidung, Schuhe	1,2	3,1	0,2	0,4	1,2	3,3	4,2	-3,4	0,9	0,0	5,2	
Wohnungsmieten ²⁾	2,6	2,3	2,4	2,7	2,9	2,6	0,6	0,6	0,8	0,7	0,4	
Haushaltsenergie ³⁾	-4,2	-6,5	-3,9	-3,5	-2,9	11,6	-13,7	7,9	2,2	1,5	1,3	
Haushaltsführung	3,5	3,6	4,5	3,4	2,6	4,7	1,5	0,0	1,1	0,4	2,8	
Gesundheits- u. Körperpflege	-2,0	-0,9	-0,8	-2,7	-3,6	3,0	-3,9	0,3	-0,5	0,3	3,1	
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2,6	4,7	3,1	-1,2	3,8	4,4	5,5	-2,8	-1,6	2,9	5,5	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	2,6	2,1	3,5	2,3	2,4	3,9	-0,5	-0,4	1,4	1,6	1,1	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	4,4	4,1	4,2	4,1	5,1	4,9	-0,2	1,4	1,5	1,7	0,0	
Privater Verbrauch ⁵⁾	1,7	1,7	2,2	1,1	1,9	3,8	0,3	-0,1	0,5	1,0	2,1	
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr						Vorquartal						
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,2	1,3	3,0	1,4	2,9	3,2	0,4	0,8	0,1	1,3	0,9	
Kleidung, Schuhe	1,3	1,3	1,2	1,3	1,4	1,2	0,4	0,3	0,3	0,4	0,2	
Wohnungsmieten ²⁾	3,1	3,3	3,4	3,1	2,6	3,0	0,5	0,8	0,6	0,6	1,0	
Haushaltsenergie ³⁾	9,7	7,4	8,3	9,5	13,3	0,4	5,8	2,1	1,4	2,9	-5,8	
Haushaltsführung	1,5	1,1	1,4	1,7	1,8	2,0	0,3	0,5	0,5	0,6	0,4	
Gesundheits- u. Körperpflege	4,4	4,7	4,6	4,6	3,7	1,4	2,2	0,7	0,6	0,3	-0,3	
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	4,9	4,8	6,0	4,4	4,4	2,3	2,8	1,3	-0,4	0,8	0,5	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,2	1,8	1,0	1,6	1,5	1,8	0,1	0,3	0,7	0,4	0,4	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	2,7	3,1	3,0	2,6	2,4	2,7	1,2	0,5	0,1	0,7	1,2	
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,1	3,2	3,3	3,0	3,0	2,4	1,7	0,6	0,3	0,6	0,9	

1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — 2) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — 3) Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — 4) Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — 5) Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland. — 6) Auf der Basis 1980 = 100. Preisentwicklung nach VGR. — 7) Vorläufige Berechnung des DIW. — 8) Nach dem Berliner Verfahren (BV3). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Vierteljährliche Aufteilung nach Verwendungszwecken: Berechnung des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Baupreise) nun auch in der Entwicklung des Mietpreisindex nieder.

Die Ausgaben für *Haushaltsenergie* waren trotz eines geringen Mehrverbrauchs um fast 5 vH niedriger als im Vorquartal, da der durchschnittliche Preis für Haushaltsenergie noch etwas stärker — um rund 6 vH — zurückging. Bezogen auf den entsprechenden Vorjahreswert ergeben sich allerdings nominal wie real erhebliche Steigerungsraten (12 vH), denn infolge der kräftigen Aufwärtsentwicklung vom Frühjahr des vergangenen Jahres an ist ein recht hohes Nachfrageniveau erreicht worden.

Die Nachfrage nach Gütern der *Haushaltsführung* war lebhafter als im vergangenen Jahr; dies führte zu einem realen Zuwachs von fast 3 vH gegenüber dem letzten Jahresviertel 1989. Mit einem realen Plus von knapp 5 vH im Vergleich zum Vorjahr wurde die durchschnittliche Konsumexpansion um 1 Prozentpunkt übertroffen. Neben der anhaltend guten Möbelkonjunktur sind vor allem die regen Käufe von Haushaltsgroßgeräten zu erwähnen (realer Einzelhandelsumsatz +8 vH); auch Heimtextilien wurden gut abgesetzt (+6 vH).

Die reale Nachfrage nach Gütern der *Körper- und Gesundheitspflege* wurde 1989 wesentlich von der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Strukturreform im Gesundheitswesen beeinflusst. Nach der anfänglich starken Abschwächung war die Entwicklung in der Folgezeit durch einen unsteten Verlauf gekennzeichnet. Diese Phase scheint nun überwunden zu sein, denn mit der kräftigen realen Mehrnachfrage von 3 vH wurde fast wieder ein Niveau wie vor Inkrafttreten der Strukturreform erreicht. Gleichzeitig haben auch die anfangs — nach dem Wirksamwerden der Reform — spürbaren Preissteigerungen nachgelassen. Im Berichtsquartal war sogar ein leichter Rückgang zu registrieren; auch der Abstand zum Vorjahr war nur gering (+1,4 vH).

Kräftige Impulse erhielt die Verbrauchskonjunktur von den Ausgaben für *Verkehr und Nachrichtenübermittlung*. Nachdem schon im Jahresendquartal 1989 die reale Nachfrage mit 3 vH merklich gestiegen war, betrug der Zuwachs nun 5 ½ vH. Hier fiel die außerordentlich lebhaftete Nachfrage nach Personenkraftwagen ins Gewicht. Nach dem Rekordergebnis bei den Pkw-Neuzulassungen im Januar wurden im Februar und März ähnlich gute Ergebnisse erzielt; insgesamt waren die Neuzulassungen im Berichtszeitraum um mehr als 14 vH höher als im Quartal zuvor. An der expansiven Entwicklung waren auch andere Nachfragebereiche beteiligt. Bei den Mehrausgaben für Kraftstoffe und Reparaturen von jeweils reichlich 7 vH gegenüber dem Vorjahr spielte indes auch der nicht unbeträchtliche Preisanstieg von gut 4 ½ vH eine Rolle. Die Pkw-Preise haben sich dagegen im Vergleich zum Vorjahr nur mäßig erhöht (1,4 vH).

Etwas schwächer als zuvor expandierten die Ausgaben für *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* (1 vH); wegen der lebhaften Entwicklung in der zweiten Hälfte des vergan-

genen Jahres war die Zunahme gegenüber dem ersten Jahresviertel 1989 mit rund 6 vH aber fast so groß wie beim privaten Verbrauch insgesamt. In realer Rechnung fällt dieser Vergleich wegen des schwächeren Preisanstiegs sogar noch etwas günstiger aus. Bei einer Differenzierung nach Branchen zeigen sich recht unterschiedliche Tendenzen. Nach wie vor stark gefragt waren Güter der Unterhaltungselektronik, wie das preisbereinigte Absatzplus von 10 vH gegenüber dem Vorjahr deutlich macht. Auch die Fotobranche (+5 vH) stützte die insgesamt gute Entwicklung in diesem Nachfragebereich. Dagegen flachte die Kaufbereitschaft bei Spielwaren deutlich ab; mit einem realen Plus von 1 ½ vH konnte nicht an die überaus kräftige Entwicklung im letzten Jahr (Jahresdurchschnitt 17 vH) angeknüpft werden.

Die lange Zeit stabile Aufwärtsentwicklung der Nachfrage im Verwendungszweck *persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen* setzte sich im ersten Viertel dieses Jahres nicht fort. Etwas nachgelassen hat die Kaufbereitschaft bei Gütern der persönlichen Ausstattung wie Uhren und Schmuck. Der Preisanstieg in diesem Bedarfsbereich (1,2 vH; Vorjahresabstand 2,7 vH) war etwas stärker als die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung. Überdurchschnittlich hohe Preissteigerungen verzeichneten einige Dienstleistungsbereiche, z.B. das Beherbergungsgewerbe (4,8 vH gegenüber dem Vorjahr) sowie Banken und Versicherungen (3,3 vH).

Ausblick

Für die Verbrauchskonjunktur sind im zweiten Jahresviertel keine größeren Impulse zu erwarten, da insbesondere der Effekt des Einkommensschubes durch die Steuerentlastungen nun wegfällt. Erste Indikatoren wie die leichte Beruhigung der zuvor auf hohen Touren laufenden Automobilnachfrage im April weisen in die gleiche Richtung. Andererseits ist auch nicht mit einer konjunkturellen Abkühlung zu rechnen, denn das stimmungsmäßige Umfeld ist günstig. So zeigt der jüngste Anstieg des Konsumklima-Index⁶ eine deutliche Verbesserung der Verbrauchererwartungen vor allem hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung.

Auch das Geschäftsklima im Einzelhandel bietet keinen Anlaß zu einer pessimistischen Einschätzung der weiteren Entwicklung. Sowohl die gegenwärtige Geschäftslage als auch die Aussichten für das nächste halbe Jahr werden in den meisten Branchen positiv beurteilt. Eine Rolle spielt dabei sicherlich auch die Erwartung, von der hohen Konsumneigung der DDR-Bürger zu profitieren. Das gute Aprilergebnis beim Umsatz des Facheinzelhandels — wertmäßiger Zuwachs von 6 vH gegenüber dem Vorjahr — erhärtet solche Überlegungen.

⁶ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

Die Verbraucherpreise sind nach dem Auftrieb im ersten Jahresviertel nicht weiter gestiegen. Besonders die Entwicklung bei Kraftstoffen und Heizöl dämpfte die allgemeine Verteuerung, so daß der Preisabstand zum Vorjahr mit derzeit 2,3 vH sogar geringer ist als im Durchschnitt des ersten Quartals.

Insgesamt dürfte die reale Konsumnachfrage im zweiten Jahresviertel leicht zunehmen. Schon bei Erreichen des hohen Nachfrageniveaus vom ersten Quartal würde der Vorjahreswert um 3 ½ vH übertroffen werden.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 58. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1/1989. 141 S. DM 78,—

Revision des monetären Sektors des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Reinhard Pohl* und *Rudolf Zwiener*.

Die Mehrwertsteuerbelastung privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland — Ein Vergleich empirischer Inzidenzanalysen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969, 1973 und 1978. Von *Helmut Kaiser*.
Über den Einfluß der Panelselektivität auf Längsschnittanalysen. Von *Ulrich Rendtel*.

Soziale Zusatzkosten des Verkehrs. Von *Werner Rothengatter*.

Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion: Eine Zwischenbilanz. Von *Ulrich Weißenburger*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

II. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen.

Heft 2/3-1989. 140 S. DM 78,—

Wirtschaftspolitische Strategien in den USA und in Großbritannien während der achtziger Jahre. Von *Manfred Teschner*.
Probleme der Wirtschaftslenkung im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland. Von *Dieter Vesper*.
Die wirtschaftliche Bedeutung eines Energieversorgungsunternehmens — unternehmensbezogenes Beispiel einer regionalen Input-Output-Analyse. Von *Urs Dolinski* und *Werner Münzenmaier*.

Arbeitnehmereinkommen in Berlin im interregionalen Vergleich — Eine Analyse für das Jahr 1986. Von *Rainer Pischner*.

Zu den Stabilitätseigenschaften ausgewählter ökonomischer Schätzfunktionen — Zur Lohn- und Preisbildung innerhalb der DIW-Version des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute und des disaggregierten ökonomischen FIND-Modells des DIW. Von *Okita A'Walelu*, *Gustav-Adolf Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Das Sozialversicherungsmodell des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Abstimmungsverfahrens der Bundesregierung. Von *Wolfgang Scholz*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1989. 116 S. DM 74,—

Amtseinführung von Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Dr. Dieter Hiss

Dr. Peter Mitzscherling

Dr. Bernhard Molitor

Professor Dr. Frank Klanberg

Professor Dr. Lutz Hoffmann

Ausbildung an beruflichen Schulen von 1982 bis 2002 unter besonderer Berücksichtigung des Lehrbedarfs. Von *Wolfgang Jeschek*.

Neuberechnung der DIW-Konsummatrizen unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels. Von *Jochen Schmidt*.

Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983. Von *Eckart Bomsdorf*.
Die Vermögensausstattung der Armen — Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte. Von *Heinrich Schlomann*.

Strukturpolitik und Intensivierung in der DDR am Beispiel der Energiepolitik. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dieter Teichmann.

Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR. Bearbeitet von Erika Schulz und Heinz Vortmann. —

Anhaltend rege Verbrauchskonjunktur. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland		
							Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitions-gütergewerbe		Verbrauchs-gütergewerbe						
		in 1000				1985 = 100											
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1988	J	2246		175		105,7		107,4		104,1		107,8		106,4		104,5	
	F	2254	2257	174	176	104,4	104,9	106,0	107,0	102,5	103,0	107,6	107,7	104,6	104,9	103,9	104,9
	M	2272		178		104,7		107,5		102,3		107,8		103,8		106,2	
	A	2275		183		103,9		107,1		101,4		106,4		103,8		103,9	
	M	2272	2272	186	186	107,0	106,1	109,2	108,0	105,6	104,6	107,6	107,4	107,0	105,9	106,9	106,2
	J	2269		190		107,3		107,7		106,7		108,2		107,0		107,7	
	J	2258		195		108,5		106,2		109,9		107,8		109,2		107,4	
	A	2239	2242	198	197	108,8	109,1	108,6	108,1	108,3	109,6	110,5	109,1	107,5	108,8	111,0	109,5
	S	2230		199		109,9		109,4		110,6		108,9		109,8		110,2	
	O	2213		202		108,2		107,6		108,9		107,0		107,3		109,6	
	N	2187	2179	204	204	111,1	111,1	110,3	109,8	111,5	112,2	110,9	110,0	109,9	110,3	113,1	112,5
	D	2137		205		114,0		111,4		116,1		112,0		113,6		114,9	
1989	J	2062		211		112,0		110,3		112,7		112,9		112,8		110,8	
	F	2043	2038	217	216	114,3	114,9	111,3	111,7	115,8	116,7	114,5	114,6	113,7	114,9	115,4	114,9
	M	2010		221		118,4		113,4		121,7		116,3		118,3		118,6	
	A	2045		227		117,2		112,2		120,6		115,1		116,5		118,6	
	M	2067	2054	238	237	114,8	116,4	110,4	111,4	117,4	119,7	113,6	114,3	112,7	115,7	118,3	117,7
	J	2051		246		117,2		111,6		121,1		114,3		117,9		116,2	
	J	2032		251		115,8		111,2		118,7		113,7		114,9		117,2	
	A	2015	2017	261	264	114,0	115,8	109,5	110,6	115,9	118,6	115,1	115,2	112,8	114,9	115,9	117,2
	S	2004		281		117,5		111,0		121,3		116,7		116,9		118,5	
	O	2000		298		115,6		111,7		118,0		114,5		116,1		114,8	
	N	2041	2014	311	305	117,9	119,2	111,3	111,2	121,8	124,0	116,9	117,1	116,2	118,6	120,7	120,1
	D	2002		305		124,0		110,6		132,3		119,8		123,5		124,8	
1990	J	1929		304		118,4		112,4		122,2		117,0		119,7		116,6	
	F	1900	1895	304	305	118,6	119,8	111,5	112,6	121,6	123,9	121,4	119,6	118,4	118,6	119,2	122,1
	M	1855		308		122,5		113,8		127,8		120,3		117,7		130,5	
	A	1919		314		117,5		113,3		120,4		115,4		116,8		118,6	
	M	1938		323													
	J J A S O N D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr	Einfuhr							
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe											
			in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾		
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1988	J	7107		105,4		104,6		106,3		120,5		104,3		38,4		34,0	
	F	7105	7106	104,7	105,3	102,8	103,3	106,3	106,6	113,3	114,0	106,7	107,2	38,0	38,7	35,1	35,4
	M	7105		105,7		102,4		107,3		108,1		110,5		39,8		37,1	
	A	7104		104,0		104,1		104,8		106,3		102,7		39,5		35,1	
	M	7110	7108	106,3	105,8	103,9	104,4	108,4	107,4	109,3	107,4	107,6	105,8	41,2	40,9	37,6	36,2
	J	7111		107,2		105,3		109,1		106,7		107,0		42,0		35,9	
	J	7108		105,6		106,5		106,2		107,9		104,0		42,1		37,7	
	A	7121	7115	108,9	107,5	106,0	106,7	111,4	109,7	110,7	109,2	109,0	107,5	42,3	41,7	37,6	37,4
	S	7115		108,9		107,5		111,4		108,9		109,6		40,6		36,8	
	O	7117		108,2		109,5		109,9		110,2		104,7		43,2		39,9	
	N	7129	7127	108,4	108,6	107,0	108,4	110,5	110,6	108,4	110,4	111,0	108,6	42,7	43,0	38,1	39,2
	D	7136		109,3		108,6		111,4		112,6		110,0		43,2		39,4	
1989	J	7155		111,1		108,5		114,8		134,8		108,8		46,0		39,7	
	F	7169	7167	110,2	111,0	108,4	109,1	113,1	114,1	132,4	133,4	108,7	109,3	45,1	45,2	39,3	38,9
	M	7176		111,7		110,5		114,5		132,9		110,4		44,4		37,8	
	A	7176		112,6		107,8		116,9		110,4		106,7		44,5		39,6	
	M	7189	7189	108,8	111,3	106,2	107,1	111,6	115,1	106,4	109,4	109,2	109,1	43,7	44,7	38,8	39,6
	J	7202		112,4		107,2		116,9		111,3		111,4		46,0		40,4	
	J	7220		113,4		109,0		118,7		109,4		105,9		43,7		39,4	
	A	7237	7228	111,9	112,9	108,1	109,1	115,2	117,1	113,7	112,2	111,6	109,2	45,0	44,6	39,7	39,8
	S	7227		113,4		110,1		117,5		113,6		110,1		45,0		40,3	
	O	7247		114,1		110,4		118,1		115,3		108,1		44,2		41,2	
	N	7265	7266	114,4	115,2	109,3	110,9	119,4	119,6	117,3	116,5	114,3	110,4	45,2	44,4	42,1	41,7
	D	7286		117,1		113,1		121,3		116,8		108,8		43,8		41,9	
1990	J	7339		116,0		110,0		122,4		133,3		114,6		49,0		43,5	
	F	7365	7359	116,1	116,6	110,3	110,8	121,4	122,1	136,3	137,5	113,7	114,7	46,7	47,7	41,9	42,5
	M	7373		117,8		112,2		122,4		142,9		115,8		47,4		42,0	
	A			116,4		110,9		119,5		122,5		112,3		45,6		44,2	
	M J J A S O N D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.